

„Es ist nicht alles Gold, was glänzt“

Präsidenten- und Parlamentswahlen in Mali

Die Republik Mali im frankophonen Westafrika ist das drittärmste Land der Welt, doch die demokratische Entwicklung des Landes wird gemeinhin als vorbildlich für die Region betrachtet.

Ende April fanden die vierten freien Präsidentenwahlen statt, bei denen Amadou Toumani Touré im Amt bestätigt wurde. Der populäre Präsident erhielt im ersten Wahlgang über 70% der Stimmen. Das Verfassungsgericht wies die Klage der Opposition wegen Wahlfälschung zurück, doch ein genauer Blick auf die Wahlen zeigt, dass Kritik durchaus berechtigt war. Die personalpolitischen Querelen vor den im Juli stattfindenden Parlamentswahlen zeugen darüber hinaus von der mangelnden programmatischen Fundierung des Parteiensystems. Von der Demokratie als Wettbewerb der Ideen ist man auch in Mali noch weit entfernt.

Die Republik Mali im frankophonen Westafrika ist das drittärmste Land der Welt, doch die demokratische Entwicklung des Landes wird gemeinhin als vorbildlich für die Region betrachtet. Ende April fanden die vierten freien Präsidentenwahlen statt, bei denen Amadou Toumani Touré im Amt bestätigt wurde. Der populäre Präsident erhielt im ersten Wahlgang über 70% der Stimmen. Das Verfassungsgericht wies die Klage der Opposition wegen Wahlfälschung zurück, doch ein genauer Blick auf die Wahlen zeigt, dass Kritik durchaus berechtigt war. Die personalpolitischen Querelen vor den im Juli

stattfindenden Parlamentswahlen zeugen darüber hinaus von der mangelnden programmatischen Fundierung des Parteiensystems. Von der Demokratie als Wettbewerb der Ideen ist man auch in Mali noch weit entfernt.

Präsident Touré im ersten Wahlgang wiedergewählt

Präsident Amadou Toumani Touré ist der alte und neue Präsident Malis. Bei den Präsidentenwahlen vom 29. April wurde er von über 70% seiner Landsleute gewählt. Die Opposition, angeführt von Parlamentspräsident Ibrahim Boubakar Keita, wollte die Ergebnisse zunächst nicht akzeptieren und sprach von massivem Wahlbetrug. Das angerufene Verfassungsgericht wies die Klage der Opposition jedoch zurück und veröffentlichte am 12. Mai die folgenden offiziellen Endergebnisse: Der parteilose Präsident Amadou Toumani Touré, wegen seiner Initialen ATT genannt, erhielt überwältigende 71,20% der Stimmen. Der Abstand zu seinem größten Konkurrenten Ibrahim Boubakar Keita, genannt IBK, war dementsprechend deutlich. Obwohl mit viel Optimismus und großen Gesten in das Rennen um die Präsidentschaft gestartet, konnte er nur 19,15% der Stimmen auf sich vereinigen. Amadou Toumani Touré ist somit gelungen, was vor ihm Präsident Wade im Senegal und Präsident Yar Auda – allerdings in einer höchst umstrittenen Wahl – in Nigeria geschafft hatten: Er wurde im ersten Wahlgang gewählt. Der politische

09.Juli 2007

www.kas.de

Konsens jedoch, der es ATT erlaubte, während seines ersten Mandats ohne oppositionellen Gegenwind zu regieren, ist seit dem Wahlkampf vorbei. Im Vorfeld der Wahlen hatte sich die politische Landschaft Malis zweigeteilt. Während eine breite Allianz von 33 Parteien den parteilosen Präsidenten ATT unterstützte, schlossen sich 16 Parteien, darunter die Rassemblement Pour le Mali (RPM) von IBK, zur Oppositionskoalition Front pour la Démocratie et la République (FDR) zusammen. Die FDR trat mit vier Präsidentschaftskandidaten zu den Wahlen an. Neben IBK war Tiébilé Dramé im Rennen, der 3,04% der Stimmen bekam. Die anderen beiden Kandidaten der FDR, Mamadou Bakaré Sangaré und Soumeylou Boubeye Maïga, erhielten nur 1,58% und 1,46% der Stimmen. Darüber hinaus stellten sich drei nur von ihrer eigenen Partei unterstützte Kandidaten zur Wahl. Der ehemalige Studentenführer Oumar Mariko konnte 2,72% der Wähler für sich mobilisieren. Sidibé Aminata Diallo, die erste weibliche Präsidentschaftskandidatin in der Geschichte Malis errang 0,55% der Stimmen. Madiassa Maguiraga, schließlich, erhielt 0,30% der abgegebenen Wahlstimmen. Die Wahlbeteiligung war niedrig, sie lag bei 36,24%. Nachdem die FDR die Entscheidung des Verfassungsgerichts bezüglich der Präsidentschaftswahlen akzeptierte, richtet sich die Aufmerksamkeit und die Aktivität nun auf die Parlamentswahlen, deren erste Runde am 1. Juli stattfindet. Auch hier präsentiert sich die FDR als Opposition zum amtierenden Präsidenten. ATT wird daher während seines zweiten Mandats mit einer aktiven parlamentarischen Opposition rechnen müssen. Amadou Toumani Tourés zweites Mandat wird sich stark von seinem ersten unterscheiden.

ATTs erstes Mandat

Politischer Konsens im drittärmsten Land der Welt Amadou Toumani Touré wurde 2002 im zweiten Wahlgang mit deutlicher Mehrheit zum Präsidenten Malis gewählt. Er übernahm das Amt von Alpha Oumar Konaré, eben jenem, dem er zehn Jahre zuvor nach den ersten freien

Präsidentschaftswahlen in der Geschichte Malis, die Macht übergeben hatte. Amadou Toumani Touré hatte 1991 als Oberstleutnant der Armee den seit über 20 Jahren herrschenden Militärdiktator Moussa Traoré gestürzt und die demokratische Transition ermöglicht. Seither genießt ATT hohes Ansehen im Ausland und in Mali eine enorme Popularität. Das Land gilt als eines der Musterländer der Demokratie in Westafrika. Nach seiner Wahl 2002 rief der parteilose Präsident alle politischen Kräfte auf, die Probleme des Lands mit vereinten Kräften anzugehen und sich an der Regierung zu beteiligen. Nach den Parlamentswahlen, die kurz nach den Präsidentschaftswahlen stattfanden, verfügte keine Fraktion über die absolute Mehrheit im Parlament. Es formierte sich keine Opposition. Der Präsident bildete eine Regierung der nationalen Einheit. Der Premierminister war ein parteiloser Technokrat, die Ministerposten wurden unter den wichtigsten Parteien verteilt. Das Amt des Parlamentspräsidenten erhielt Ibrahim Boubakar Keïta. Dieser war bei den Präsidentschaftswahlen noch gegen Touré angetreten, hatte jedoch, nachdem er die Stichwahl knapp als Drittplatzierter verpasst hatte, seine Anhänger dazu aufgerufen, ATT zu wählen. Während seines ersten Mandats regierte ATT das Land auf diese Weise lange Zeit mit Hilfe eines politischen Konsens', der von außen mit einer Mischung von Erstaunen und Misstrauen beobachtet wurde. Für die einen diente der Konsens vor allem dazu, Vetternwirtschaft und Korruption zu verschleiern, für die anderen war er der Garant einer politischen und sozialen Stabilität in einer krisengeschüttelten Region. Besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurde Mali von dem Bürgerkrieg in der Côte d'Ivoire, der im September 2002 ausbrach, nur wenige Monate nach dem Amtsantritt des Präsidenten. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Malis von der bis dahin prosperierenden Côte d'Ivoire war immens. Hunderttausende Malier, die in dem Nachbarland Arbeit gefunden hatten, mussten aufgrund des Krieges und der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in ihr Heimatland zurückkehren. Während sie vorher durch ihre Auslandsüberweisungen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
POLITISCHER DIALOG
WESTAFRIKA**

DAVID ROBERT,
CORINNA HEUER

09.Juli 2007

www.kas.de

eine wichtige Stütze der Wirtschaft Malis waren, stellten die Rückkehrer nun -ohne Einkommensmöglichkeit in ihrer Heimat- eine Belastung dar. Darüber hinaus verteuerte sich der Außenhandel erheblich, da der weitaus größte Teil bis dahin über den Hafen von Abidjan gelaufen war und die Verkehrsinfrastruktur zu den anderen Häfen der westafrikanischen Küste in schlechtem Zustand war. Die zweite Belastungsprobe, der sich die Regierung Tourés gegenüber sah, war nicht menschengemacht, wie die Krise in der Côte d'Ivoire, sondern naturbedingt. In den Jahren 2003 und 2004 belasteten Dürre und eine Heuschreckenplage die Landwirtschaft und bedrohten die Nahrungsmittelsicherheit. Da die malische Wirtschaft in hohem Maße von der Landwirtschaft abhängt, hatte diese Krise starke negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Neben diesen akuten externen Belastungen hat Mali massive strukturelle wirtschaftliche und soziale Probleme. Der größte Teil des riesigen Landes ist Wüste, nur 30 % sind landwirtschaftlich nutzbar. 80% der Bevölkerung können nicht lesen und schreiben. Auf 100 000 Menschen kommen vier Ärzte. 90% der Bevölkerung lebt von weniger als 2 Dollar am Tag. Mali belegt Platz 175 von 177 des HDI-Indexes. Die Regierung Amadou Toumani Touré rühmt sich vieler Maßnahmen im Kampf gegen die Armut. Einer der Schwerpunkte ATTs während seiner ersten Amtszeit lag auf der Förderung der Landwirtschaft, von der zwischen 70 und 80% der Bevölkerung leben. Gearbeitet wurde an der Diversifizierung der Produkte und einer Vergrößerung der Anbauflächen durch Bewässerung. Ein wichtiger Devisenbringer und Arbeitgeber ist die Baumwolle. Hier steht die Privatisierung des staatlichen Baumwollunternehmens an, die Branche befindet sich jedoch in einem unfairen Preiskampf mit der subventionierten Baumwolle aus den USA und Südeuropa. Darüber hinaus wurden Anstrengungen unternommen, rund um die Landwirtschaft einige Industrieunternehmen aufzubauen und dafür internationale Investoren zu gewinnen. Regionaler Schwerpunkt dieser Aktivitäten ist Sikasso: Neben einigen Betrieben der weiterverarbeitenden

Nahrungsmittelindustrie (Zuckerraffinerie, Mangoverarbeitung), wird hier ein Montagewerk landwirtschaftlicher Nutzfahrzeuge entstehen. Nachdem der Regierung durch die Krise in der Côte d'Ivoire die einseitige Abhängigkeit vom Hafen in Abidjan schmerzlich bewusst wurde, versuchte man durch verstärkten Straßenbau die Verbindungen nach Dakar (Senegal), Tema (Ghana) und Lomé (Togo) zu verbessern. In den größeren Städten wurden Asphaltierungs- und vereinzelte Brückenbauprogramme realisiert. Ein weiteres Projekt ATTs, das sehr viel Aufmerksamkeit erregte, war das Wohnungsbauprogramm. Seit 2003 wurden fast 4000 Wohnungen in allen Landesteilen gebaut. Das Erreichte wurde stets medienwirksam aufbereitet. Die wichtigen Ministerien schalten regelmäßig mehrseitige Anzeigen in der nationalen Presse und den großen internationalen afrikabezogenen Magazinen. ATT gefällt sich dabei, das Land zu bereisen und zu den verschiedensten größeren und kleineren Anlässen das Bad in der Menge zu suchen, ständig begleitet vom staatlichen Fernsehen. Kritiker werfen dem Präsidenten dabei einen Hang zum Personenkult vor. Tatsächlich werden die meisten der neu gebauten Viertel des sozialen Wohnungsbaus in der Landessprache Bambara "ATTbougou" genannt, was soviel heißt wie "ATT-Stadt". Die Grenze zwischen geforderter Transparenz und übertriebener Publicity, zwischen Volksnähe und Personenkult ist fließend. Für den Herausforderer ATTs bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen, Ibrahim Boubakar Keita, sind all diese Leistungen freilich nur die Früchte dessen, was geplant und begonnen wurde, als er selbst unter ATTs Vorgänger als Premierminister die Regierungsgeschäfte Mali führte.

Der Wahlkampf

Sieben Kandidaten gegen ATT Mit dem Konsens konnte die politische Klasse Malis so gut leben, dass man sich lange Zeit fragte, ob bei den Präsidentschaftswahlen überhaupt ernsthafte Gegenkandidaten gegen ATT antreten würden. Doch im September 2005 ließ Parlamentspräsident

09. Juli 2007

www.kas.de

Ibrahim Boubakar Keïta seine Ambitionen auf die Präsidentschaft verlauten. Der ehrgeizige Mann aus Koutiala strebt schon lange nach dem höchsten Staatsamt. Von 1994 bis 2000 war er Premierminister unter Präsident Alpha Oumar Konaré und Vorsitzender der damaligen Regierungspartei ADEMA (Alliance pour la démocratie au Mali). Als er sich gegen Ende von Konarés zweiter Amtszeit schon als dessen Nachfolger sieht, muss er die Regierung und die Partei verlassen. Um dennoch bei den Präsidentschaftswahlen 2002 antreten zu können, gründet er im Dezember 2001 eine neue Partei, die RPM (Rassemblement Pour le Mali). Er kann eine Reihe wichtiger Persönlichkeiten aus der ADEMA in die neue Partei mitnehmen. Bei den Präsidentschaftswahlen im folgenden Jahr zieht zwar der Kandidat der ADEMA, Soumeïla Cissé, in die zweite Runde ein, der Unterschied zwischen ihm und IBK ist jedoch denkbar knapp: Cissé erhält 21,44% der Stimmen, IBK 21,15%. Die RPM wird bei den Parlamentswahlen im gleichen Jahr aus dem Stand hinter der ADEMA zweitstärkste Partei mit 44 von 147 Sitzen. Am politischen Konsens wirkt IBK als Parlamentspräsident mit, die Beteiligung seiner Partei an der Regierung bleibt mit nur einem Ministerposten jedoch gemessen an ihrer Stärke im Parlament schwach. Fünf Jahre später wiederholt sich die Geschichte. Wiederum etwa anderthalb Jahre vor den Präsidentschaftswahlen bekennt sich Keïta zu seinen Ambitionen, wiederum stößt er damit auf harten Widerstand, wiederum zieht hat sein Vorgehen erhebliche Konsequenzen. Diesmal trifft es allerdings nicht ihn selbst, denn er ist laut Verfassung für die gesamte Legislaturperiode gewählt. Doch die Allianz, die die RPM im Vorfeld der letzten Wahlen geschmiedet hatte, zerbricht. Die RPM ist isoliert und verliert sämtliche Posten in den Kommissionen und im Parlamentspräsidium. Wenig später, im November 2005, entscheidet sich die ADEMA auf einem Parteitag dafür, bei den Präsidentschaftswahlen 2007 Amadou Toumani Touré zu unterstützen. Obwohl kein Zweifel besteht, dass ATT für seine eigene Nachfolge kandidieren wird, äußert sich dieser sehr lange nicht öffentlich zu dieser Frage. Es kehrte wieder Ruhe ein. Die

RPM war zwar im nationalen Parlament isoliert, der Minister der RPM, Umweltminister Nacoma Keïta, blieb jedoch in der Regierung. Einzig im Sommer 2006 kam es zu einer inhaltlichen Differenz zwischen Präsident Touré und Parlamentspräsident Keïta, als letzterer nach Angriffen auf Militärlager in Kidal und Menaka im äußersten Nordosten des Landes eine härtere Gangart gegenüber den Tuareg befürwortete. Abgesehen davon blieb die politische Szene jedoch lange Zeit weitestgehend ruhig. Erst im Herbst 2006 kam wieder etwas Bewegung in die politische Szene Malis. Zunächst sorgte ein in Paris erschienenes ATT-kritisches Buch (Titel: "ATT-kratie: Der Aufstieg eines Mannes und seines Clans") für Aufsehen. Ein anonym Autor beschreibt darin die klientelistischen Strukturen rund um den Präsidenten. Das Buch wurde zwar von malischen Intellektuellen rezipiert und in der Presse und in verschiedenen Internet-Foren diskutiert. Angesichts der enorm hohen Analphabetenquote in Mali, fand das Buch jedoch naturgemäß in der breiten Bevölkerung wenig Beachtung. Der Angegriffene tat das seinige dazu, indem er die Anschuldigungen ignorierte und in keiner Form öffentlich auf die Vorwürfe reagierte. Im Dezember des vergangenen Jahres schlossen sich die Unterstützer des Präsidenten zur ADP (Alliance pour la Démocratie et le Progrès) zusammen. Initiatoren dieses Bündnisses sind die ADEMA und die URD (Union pour la République et la Démocratie). Anfangs gehören vierzehn Parteien der ADP an, im Februar 2007 kommen 19 weitere Parteien dazu. Ein Teil dieser Parteien gehörte schon nach den Parlamentswahlen 2002 der Fraktion der ADEMA an (BDIA, MIRIA, US-RDA). Die ADP erhielt jedoch ein nicht zu unterschätzendes zusätzliches Gewicht dadurch, dass mit der CNID und der MPR zwei Parteien aus dem Umfeld der RPM das Lager wechselten, die in der kleinteiligen Parteienlandschaft Malis zu den bedeutenderen zählen. Die CNID verfügt über 13 Sitze im Parlament. Ihr Vorsitzender, Mountaga Tall, hatte bei den Präsidentschaftswahlen 1997 11,41% der Stimmen bekommen, konnte diesen Anteil jedoch bei den Wahlen 2002 nicht halten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
POLITISCHER DIALOG
WESTAFRIKA**

DAVID ROBERT,
CORINNA HEUER

09. Juli 2007

www.kas.de

(3,77%). Die MPR verfügt über 5 Sitze im Parlament. Im Februar dieses Jahres formierte sich dann die FDR aus 14 Parteien und zwei Vereinigungen. Der gemeinsame Nenner dieses Bündnisses war die Opposition zum amtierenden Präsidenten. Zur FDR gehören neben der RPM von Ibrahim Boubakar Keita, u.a. die PARENA (Parti pour la Renaissance Nationale) von Tiébilé Dramé, die vorher eher dem Umfeld der ADEMA angehörte, und die CDS-Mogotoguiya von Mamadou Bakary Sangaré und die Vereinigung Convergence 2007 von Soumeylou Boubèye Maïga. Gemeinsames Ziel der in der FDR vereinigten politischen Kräfte war es, die Wiederwahl ATTs zu verhindern. Die Strategie der FDR war es, im ersten Wahlgang mit einer Vielzahl von Kandidaten anzutreten, um ATT möglichst viele Stimmen abzurufen und einen zweiten Wahlgang zu erzwingen. Bei einer eventuellen Stichwahl hätte die FDR geschlossen den Gegenkandidaten ATTs unterstützt. Die FDR trat mit den vier genannten Führern der oben stehenden Parteien zur Wahl an. Der exponierteste unter ihnen ist der 62jährige Ibrahim Boubakar Keita. Er gilt als Mann klarer Worte und konsequenter Taten. Nach seinem Studium in Paris arbeitete er zur Zeit der Diktatur für den Europäischen Entwicklungsfond und die Hilfsorganisation Terre des Hommes. Mit dem demokratischen Aufbruch Anfang der 1990er beginnt er, sich politisch zu engagieren. Als Mitglied der ADEMA war er 1992 einer der Organisatoren des Wahlkampfes Alpha Oumar Konarés. Nach dessen Wahlsieg ist er zunächst Berater und Sprecher des Präsidenten, dann Botschafter in der Côte d'Ivoire. 1993 wird er Außenminister, ein Jahr später Premierminister. Er leitet die Regierungsgeschäfte bis zu seinem unglücklichen Abgang im Jahr 2000. Weiterhin sehr bekannt ist Tiébilé Dramé von der PARENA. Dramé hat eine glänzende, internationale Karriere hinter sich. Nach seinem Studium in Paris wird er Researcher im Sekretariat von Amnesty International in London. Darüber hinaus arbeitete er für die Vereinten Nationen in Haiti, Burundi, Togo und Tansania. Während der Transition unter ATT war Dramé

Außenminister und unter Konaré Minister der ariden und halbariden Regionen. Er war Vorsitzender des Organisationskomitees des 23. Frankreich-Afrika-Gipfels im Dezember 2005 in Bamako. Seit März 2006 steht der 52jährige öffentlich in der Kritik, als Vorwürfe laut wurden über Veruntreuung von Geldern in diesem Zusammenhang. Zwei verschiedene Berichte über die Organisation des Gipfels wurden damals veröffentlicht, der eine positiv, der andere negativ. Während man in seinem Umfeld den negativen Bericht als Verleumdung betrachtet, sehen Kritiker Dramés in seiner Präsidentschaftskandidatur den Versuch durch eine mögliche Immunität der Strafverfolgung zu entgehen. Dramé hatte schon 2002 für die Präsidentschaft kandidiert und wurde damals hinter IBK vierter von 24 Kandidaten. Auch bei Souleyman Boubèye Maïga von der „Convergence 2007“ handelt es sich um einen ehemaligen Minister. Geboren 1954 in Gao im Osten des Landes, studierte er in Senegal und Paris. In den 1980er Jahren arbeitete er als Chefredakteur bei einer malischen Tageszeitung. Während der Transition war er Berater ATTs. Von 2000 bis 2002 war er unter Konaré Verteidigungsminister. Mamadou Bakary Sangaré, der vierte Kandidat der FDR, hat im Gegensatz zu den anderen dreien nicht im Ausland studiert. Geboren 1954 in Bamako, besucht er von 1976 bis 1980 die nationale Verwaltungsschule. 1980 tritt er in den Staatsdienst ein, wo er Karriere macht. Gleichzeitig beginnt er, sich politisch zu engagieren. Von 1984 bis 1988 arbeitet er als lokaler Mitarbeiter für die Weltbank. Sangaré, der bei den letzten Präsidentschaftswahlen achter wurde, ist derzeit Abgeordneter des nationalen Parlaments. Laut Wahlgesetz vom September 2006 müssen Präsidentschaftskandidaten nicht nur über die Unterstützung von zehn Parlamentsabgeordneten oder fünf gewählten kommunalen Abgeordneten in jeder Region des Landes verfügen, sondern auch eine Kautionszahlung von 10 Millionen Franc CFA (etwa 15 000 Euro) bezahlen. Dieses trug dazu bei, dass sich die Zahl der Kandidaten von 24 im Jahr 2002 auf acht verringerte. Neben ATT und den Kandidaten

09.Juli 2007

www.kas.de

der FDR gab es drei weitere Bewerber um das Amt des Präsidenten, deren Parteien keine Bündnisse mit anderen eingegangen waren. Es handelt sich dabei zum einen um Oumar Mariko, ehemaliger Studentenführer und Vorsitzender der Partei SADI (Solidarité Africaine pour la Démocratie et l'Indépendance). Der 48jährige Arzt und Globalisierungsgegner ist in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen engagiert. Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 erreichte er den 12. Platz. Zum anderen handelt es sich um Madiassa Maguiraga, Wissenschaftler und Vorsitzender der Parti Populaire Progressiste (PPP). Der 64jährige hat in den 1960er Jahren in den USA studiert und promoviert und im Rahmen der ersten Apollo-Mission für die NASA gearbeitet. In der Folge lehrte und forschte er an verschiedenen Universitäten in den USA, Ghana und dem damaligen Zaire. 1994 kehrte er nach Mali zurück und gründete eine private Hochschule. Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 kam er hinter Mariko auf den 13. Platz. Schließlich stellte sich als erste und einzige Frau in der Geschichte Malis Sidibé Aminata Diallo zur Wahl. Die 50jährige Professorin für Stadtplanung der Universität von Bamako hat in Dakar und Toulouse studiert und in den 1980er Jahren an der Universität von Burundi gelehrt und geforscht. Beraterin für die UNESCO, stellt sie den Umweltschutz in den Mittelpunkt ihrer Kampagne. Sie ist Vorsitzende der REDD (Rassemblement pour l'éducation à l'environnement et au développement durable). Sieben Kandidaten mit den unterschiedlichsten Hintergründen traten also gegen den amtierenden Präsidenten Amadou Toumani Touré an. Im Wahlkampf –und auch schon vorher– gab sich ATT sehr volksnah, bereiste jeden Winkel des Landes und schmückte sich mit den Leistungen seiner ersten Amtszeit. Des Sieges sicher rief er die Bevölkerung vor allem dazu auf, zahlreich zur Wahl zu gehen. Von Seiten seiner Herausforderer wurde der Wahlkampf sehr hart geführt. Eine programmatische Orientierung war hierbei jedoch, wie in den meisten Ländern der Region, nicht zu erkennen. IBK versuchte, mit seiner Amtszeit als Premierminister zu punkten. Hauptsächlich wurde der Wahlkampf jedoch

auf der persönlichen Ebene geführt. Die Herausforderer kritisierten lautstark die angeblich korrupte Amtsführung ATTs und beschworen die Gefahr für die Demokratie, die von dem politischen Konsens ausgehe. Dass sie fast alle bis vor kurzem noch Teil dieses Konsens' waren, unterschlugen sie lieber. Beobachter erwarteten vor der Wahl, dass Präsident Amadou Toumani Touré vor allem bei der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten einen Großteil der Stimmen gewinnen würde, während Ibrahim Boubakar Keita in den Städten, vor allem in Bamako, auf viele Stimmen hoffen konnte, da dort die politische Debatte grundsätzlich angeregter ist und größere Bevölkerungsteile mit einbezieht. Den anderen Kandidaten wurden vor allem in ihren Heimatorten Chancen auf ein gutes Abschneiden eingeräumt. Vier Tage nach der Wahl wurden die vorläufigen Ergebnisse von dem für die Organisation der Wahlen verantwortlichen Ministerium veröffentlicht. Für viele war die Deutlichkeit des Siegs des amtierenden Präsidenten mit landesweit über 70% doch überraschend. Im Nordosten des Landes, in Timbuktu, Goundam und Gao erzielte Amadou Toumani Touré mit 91,16%, 96,73% und 82,91% der Stimmen seine besten Ergebnisse. Aber auch weiter im Süden, in Yorosso und Dioro, erhielt er über 80% der Stimmen. Sein Herausforderer Ibrahim Boubakar Keita erreichte sein bestes Ergebnis in Bamako, wo er in der Kommune IV 48,7% der Stimmen bekam. Auch im Westen des Landes, in Kita und Kayes, schnitt er mit 40,38% und 33,19% gut ab. Der Drittplatzierte Tiébilé Dramé erhielt die meisten Stimmen in seinem Heimatort Niouro du Sahel, wo er mit 20,01% der Stimmen zweiter hinter ATT wurde. Oumar Mariko, der landesweit Vierter wurde, hatte seinen Wahlkampf auf die Bezirke Niono, Koutiala und Kolondiéba konzentriert. Dass diese Strategie durchaus erfolgreich war, zeigen seine Ergebnisse: Er erreichte in diesen Orten 26,74%, 24,79% und 13,26% der Stimmen. Die internationalen Wahlbeobachter der ECOWAS und die nationalen Wahlbeobachter erklärten die Wahlen für frei und transparent. Die Opposition akzeptierte diese Ergebnisse jedoch zunächst nicht. Schon vor den

09. Juli 2007

www.kas.de

Wahlen sorgten Berichte über entwendete Wählerkarten in den der Öffentlichkeit für Misstrauen bei der Opposition. Am Tag nach den Wahlen berichteten die oppositionsnahen Medien von Wahlbetrug. Anhänger der Opposition protestierten in den Straßen. Am Tag der der Bekanntgabe der vorläufigen Ergebnisse versammelten die Führer der FDR ihre Anhänger im Stadion von Bamako zu einer großen Protestkundgebung. Der einzige Minister der RPM im Kabinett des Präsidenten, Umweltminister Nacoma Keita, trat aus Protest gegen den Ablauf der Wahlen von seinem Amt zurück. Es wurde Klage beim Verfassungsgericht eingereicht. Insgesamt hatte das Anwaltsteam der FDR für seine Klage beim Verfassungsgericht vierundzwanzig Kritikpunkte am Wahlprozess zusammengetragen, die jedoch teilweise aus formalen Gründen, teilweise als unbegründet abgewiesen wurden. Nach der Veröffentlichung der Entscheidung des Gerichts akzeptierte die Opposition die Ergebnisse, forderte jedoch eine Verbesserung des Wahlprozesses für die Parlamentswahlen am 1. Juli.

Die Wahl

Wie berechtigt war die Kritik? Doch war die Wahl tatsächlich so gut organisiert, frei und transparent, wie von den Beobachtern beschrieben und vom Verfassungsgericht bestätigt? Wie ist der Wahlprozess zu bewerten? Am Wahlsonntag lief vieles gut. Die notwendigen Materialien waren größtenteils rechtzeitig in den über 20 000 Wahlbüros des riesigen Landes. Trotz denkbar schlechter Infrastruktur waren Urnen, Wahlzettel, Wählerlisten, Wahlkabinen, Tinte etc. beizeiten vor Ort, so dass die meisten Wahlbüros pünktlich um 8.00 Uhr öffnen konnten. Ein Problem stellten jedoch die Wählerkarten da, die teilweise erst gegen Mittag im Wahlbüro eintrafen. Positiv zu verzeichnen ist auch, dass die Büros in der Regel komplett besetzt waren, mit einem Vorsitzenden, vier Wahlhelfern, einem Vertreter der Nationalen Unabhängigen Wahlkommission, die deren Aufgabe es ist, die Wahl zu überwachen. Außerdem hatte jeder Präsidentschaftskandidat das Recht, in

jedem Wahlbüro durch einen Vertreter die Wahl beobachten zu lassen. Die kleinen Kandidaten hatte dazu nicht die Mittel, doch die beiden großen politischen Lager waren landesweit in den Büros präsent. Und nicht zuletzt: Obwohl die Sicherheitskräfte sich nicht immer ihrer Rolle gemäß diskret im Hintergrund hielten, sondern mancherorts aktiv den Zugang zu einzelnen Wahlbüros steuerten, verliefen die Wahlen friedlich. Dass dieses in Westafrika keine Selbstverständlichkeit ist, zeigen die Präsidentschaftswahlen in Nigeria, wo es im Zusammenhang mit den Wahlen von über 200 Toten berichtet wurde. Worauf beruhte nun die Kritik an der Wahl? Zum einen wurde vielfach vom Kauf von Stimmen vor den Wahlbüros berichtet. 2000 Franc CFA, umgerechnet etwa 3 Euro, konnte man verdienen, wenn man einen gefälschten Wahlzettel in die Urne steckte und den unbenutzten Originalwahlzettel aus dem Wahlbüro brachte und dem Stimmenkäufer als Beweis vorzeigte. Es ist schwer zu beurteilen, welches Ausmaß diese Art von Betrug hatte und welches Lager davon am meisten Gebrauch gemacht hat. Zum anderen war die Präsenz der unterschiedlichen politischen Kräfte in und vor den Wahlbüros fragwürdig. Von der häufig zu aktiven Rolle der Sicherheitskräfte, die traditionell dem General ATT nahe stehen, war schon die Rede. Außerdem waren die kleinen Kandidaten mangels finanzieller Mittel nicht durch Vertreter in den Wahlbüros präsent. Zur Wahrung der Chancengleichheit kam daher aus der Zivilgesellschaft der Vorschlag, die Vertreter aller Kandidaten in allen Büros aus öffentlichen Mittel zu bezahlen. Nicht auszuschließen ist außerdem, dass die Vorsitzenden der Wahlbüros die von der unabhängigen Wahlkommission vorgesehenen Wahlhelfer nicht informierten und stattdessen nach Gutdünken eigene Wahlhelfer einbestellten. Diese Fälle stellen bereits eine erhebliche Beeinträchtigung der Wahlen dar, die Opposition ist jedoch der Überzeugung, dass der eigentliche Wahlbetrug schon im Vorfeld der Wahlen stattfand. In Mali existiert, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der Region, ein Melderegister. Auf Basis dieses Registers werden automatisch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
POLITISCHER DIALOG**

WESTAFRIKA

DAVID ROBERT,
CORINNA HEUER

09.Juli 2007

www.kas.de

für alle Wahlberechtigten Wahlkarten ausgestellt, die in Kombination mit einem Ausweis zur Wahl berechtigen. Diese Wahlkarten waren vor den Wahlen gleichzeitig wenig nachgefragt und sehr begehrt. Wenig nachgefragt wurden sie von den Bürgern. Das Interesse an der Wahl war sehr gering, nur relativ wenige Bürger holten im Vorfeld ihre Karte ab. Die Nachfrage war so gering, dass die Verteilungskommission, die die Karten ausgab, in manchen Kommunen zwei Wochen vor der Wahl die Verteilungsbüros von der Kommunalverwaltung in die Stadtviertel verlegte. Dieser Akt der Bürgernähe ist zu begrüßen, allerdings nur, wenn die Verteilung in den Vierteln an neutralen Orten erfolgt, und nicht – wie durchaus geschehen – im Sitz einer Partei der Regierungskoalition. Sehr begehrt waren die Wahlkarten dagegen bei Parteifunktionären. Zu Dutzenden wurden die Karten mit Hilfe gefälschter Personalausweise aus den Verteilungsstellen abgeholt. Die Verteilungskommissionen, die über die ordnungsgemäße Ausgabe der Karten zu wachen haben, sind theoretisch paritätisch mit Mitgliedern aller Parteien besetzt. Praktisch bestand jedoch ein großes Übergewicht der Regierungskoalition, so dass die Mitglieder anderer Parteien unter massivem Druck standen. Dem Missbrauch der Karten waren so Tür und Tor geöffnet. Auch das staatliche Fernsehen ORTM stand vor den Wahlen stark in der Kritik. Vor dem zweiwöchigen, offiziellen Wahlkampf dominierte der Präsident unentwegt die täglichen Nachrichten. Nach Einwänden der CENI wurde die Berichterstattung während des Wahlkampfs etwas ausgewogener, doch nach wie vor blieb der Einfluss des Regierungslagers spürbar. So war es sicher kein Zufall, dass am Donnerstag vor der Wahl im ORTM vorzeitig das Ende der Kampagne IBKs verkündet wurde, obwohl am Freitag durchaus noch Wahlkampfveranstaltungen geplant waren.

Die Parlamentswahlen am 1. Juli 2007:
Nachdem die Opposition die Entscheidung des Verfassungsgerichts akzeptiert hat,

richtet sich nun der Blick auf die Parlamentswahlen. 1400 Kandidaten bewerben sich um die 147 Sitze im nationalen Parlament, darunter 175 Frauen. Bis zum 16. Mai mussten alle Kandidaturen beim Verfassungsgericht angemeldet werden. Im Vorfeld dieses Termins war die politische Klasse Malis in hitzigem Aufruhr. Allein die drei großen Parteien, ADEMA, RPM und URD, sind im ganzen Land vertreten. In den Wahlkreisen wurden Listen gebildet und das Personalkarussell drehte sich mit Höchstgeschwindigkeit. Die Führer der FDR verkündeten, trotz ihrer Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen auch bei den Parlamentswahlen als gemeinsame Kraft gegen das Präsidentenlager aufzutreten. Die Listenbildung in den einzelnen Wahlbezirken spiegelte eine solch klare Abgrenzung zwischen FDR und ADP allerdings längst nicht immer wieder. Die lokalen Besonderheiten, die "réalités du terrain", waren häufig ausschlaggebend. Die verschiedenen Wahlkreise verfügen in der Regel über mehrere (bis zu sieben) Sitze im Parlament, die nach dem Mehrheitswahlrecht vergeben werden. Die stärkste Liste erhält alle Sitze des Wahlbezirks. So wurden die Listen vor Ort je nach Stärke der einzelnen Kandidaten ausgehandelt. 535 Listen wurden beim Verfassungsgericht eingereicht, davon sind etwa die Hälfte reine Parteilisten (278), ein Viertel (132) sind Listen unabhängiger Kandidaten und ein Viertel (125) sind gemischte Listen verschiedener Parteien. Aber es kam bei der Aufstellung der Listen nicht nur zu Debatten zwischen den Parteien, sondern auch zu erheblichen innerparteilichen Querelen. Einerseits wird vom Kauf günstiger Listenplätze berichtet. Von Summen zwischen zwei und fünf Millionen Franc CFA (ca. 3000 bis 7500 Euro) war die Rede. Andererseits ist das Phänomen der "Transhumance", des politischen Nomadentums, beim Ringen um die Listenplätze besonders augenfällig. Viele Kandidaten verließen, wenn sie nicht als Kandidat aufgestellt wurden, ihre Partei, entweder um sich einer anderen Partei anzuschließen oder um als unabhängiger Kandidat bei den Parlamentswahlen anzutreten. Von letzterem profitiert vor allem das Mouvement Citoyen, die

09.Juli 2007

www.kas.de

Bewegung parteiunabhängiger Politiker, die den Präsidenten unterstützen. Von der RPM treten beispielsweise drei Abgeordnete dieses Jahr als unabhängige Kandidaten an, zwei weitere haben sich der ADEMA und der UDR angeschlossen. Gleichzeitig konnte die RPM jedoch auch Zuwachs verzeichnen durch einen Kandidaten der Parena und einen Abgeordneten der CNID. In den Reihen der CNID hat besonders der Fall von Demba Traoré Aufsehen erregt. Der populäre junge Jurist war 2002 in der Kommune VI als Mitglied der CNID ins Parlament gewählt worden und hatte dort den Vorsitz der Gesetzeskommission inne. In diesem Jahr verhinderte der Parteivorsitzende der CNID, Mountaga Tall, seine Kandidatur, woraufhin dieser sich in der Kommune VI nun als unabhängiger Kandidat auf der Liste der URD präsentiert. In der malischen Öffentlichkeit werden diese Aktivitäten sehr negativ wahrgenommen und kommentiert. Es gibt Forderungen nach einer gesetzlichen Einschränkung des politischen Nomadentums und den Aufruf an die Parteien, sich verstärkt einer ihrer zentralen Aufgaben, der politischen Bildung, zu widmen.

Fazit

Demokratie auf wackligen Füßen Sicher hat Mali mit Amadou Toumani Touré nicht den schlechtesten Präsidenten, aber klar ist auch, dass auch ein Land wie Mali, das als eines der Musterländer der Transition in Westafrika gilt, immer noch ein gutes Stück vor sich hat auf dem langen Weg zur Demokratie. Die Präsidentschaftswahlen und die Querelen im Vorfeld der Parlamentswahlen haben gezeigt, dass sich klientelistische Abhängigkeiten in ein demokratisches Mäntelchen kleiden. Wechselnden Koalitionen und politisches Nomadentum zeigen mangelndes ideologisches Fundament und fehlende Bindekraft der Parteien. Es geht um die Verteilung von Pfründen, die Demokratie als Wettbewerb der Ideen ist noch in weiter Ferne. Die Menschen in Mali wissen das und bleiben der Wahl fern. Eine Wahlbeteiligung von 36,17% zeigt das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der politischen Klasse. Dennoch gibt es keine Alternative zu

dem begonnenen Weg. Einerseits muss der Wahlprozess weiter verbessert werden. Die Zivilgesellschaft hat dazu Vorschläge gemacht. Stimmenkauf mittels vorgedruckter Wahlzettel kann durch das Paraphieren der Original-Wahlzettel im Wahlbüro verhindert werden. Über das automatische Erstellen der Wahlkarten muss nachgedacht werden. Sollte man daran festhalten, so bedarf es einer effektiven Kontrolle der Wahlkarten, um Missbrauch zu unterbinden. Andererseits muss die Bevölkerung weiter sensibilisiert werden, was sie von ihrer politischen Klasse fordern kann. Derzeit interessieren sich die Politiker nur bei einer Wahl für die Bevölkerung. Das Wahlvolk muss sich seiner Macht bewusst werden und lernen, sich teurer zu verkaufen. Der Druck und das Bemühen der internationalen Geber müssen in diese beiden Richtungen gehen.

Wahlergebnisse

Präsidentschaftswahlen 2007

Stimmenzahl in % Amadou Toumani Touré (parteilos) 1.612.912 71,20 %

Ibrahim Boubakar Keita (RPM / FDR) 433.897 19,15 %

Tiébilé Dramé (PARENA / FDR) 68.956 3,04 %

Oumar Mariko (SADI) 61.670 2,72 %

Mamadou Bakary Sangaré (CDS / FDR) 35.776 1,58 %

Soumeylou Boubèye Maïga (Convergence 2007) 32.973 1,46 %

Sidibé Aminata Diallo (REDD) 12.443 0,55 %

Madiassa Maguiraga (PPP) 6.856 0,30 %

eingeschriebene Wähler 6 884 352
tatsächliche Wähler 2.494 846 Ungültige
Stimmen 198.518 Annullierte Stimmen 30.
845 Gültige Stimmen: 2.265 483
Wahlbeteiligung 36,24%

Abkürzungen

Koalitionen ADP Alliance pour la Démocratie

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
POLITISCHER DIALOG
WESTAFRIKA**

DAVID ROBERT,
CORINNA HEUER

09.Juli 2007

www.kas.de

et le Progrès FDR Front pour la Démocratie
et la République Parteien ADEMA Alliance
pour la démocratie au Mali CDS Convention
Sociale Démocrate PARENA Parti pour la
Renaissance Nationale PPP Parti Populaire
Progressiste REDD Rassemblement pour
l'éducation à l'environnement et au
développement durable RPM
Rassemblement Pour le Mali SADI Solidarité
Africaine pour la Démocratie et
l'Indépendance UDR Union pour la
République et la Démocratie